

Pressemitteilung

CDU kündigt eine parlamentarische Übereinkunft nach der anderen auf Bürgerversammlung wird als Parteiwahlveranstaltung missbraucht

Dies hat es in der langen parlamentarischen Geschichte der Stadt Schwalbach noch nicht gegeben. Am Parlament vorbei, ohne Rücksprache mit ihren Stellvertreterkolleginnen und -kollegen, lädt die Stadtverordnetenvorsteherin zu einer Bürgerversammlung ein.

Am 15. Juni 2007 teilt die Stadtverordnetenvorsteherin mit, dass sie „über die neuesten Erkenntnisse zur Sanierung des Taunusbades informieren“ will. Dem Stadtparlament liegen aber solche Erkenntnisse bisher nicht vor. Was vorliegt ist ein Antrag der CDU-/Die Grünen-Fraktion zum Sanierungs- und Betreiberkonzept für eine Wiedereröffnung des Taunusbades vom 14.06.2007.

Was Frau Eschborn sich hier erlaubt ist ungeheuerlich. Sie missbraucht ihr Amt, um daraus eine CDU-Veranstaltung zu machen. Von einer unparteilichen Amtsführung als Stadtverordnetenvorsteherin kann nicht mehr gesprochen werden.

Alle früheren Bürgerversammlungen wurden im Hinblick auf Termin und Thema einvernehmlich im Stadtparlament geplant und gut vorbereitet.

Machttrunken setzt sich die CDU über bisherige parlamentarische Übereinkünfte hinweg und kündigt diese auf. Frau Eschborn dokumentiert zum wiederholten Male, dass es ihr an Kommunikationsfähigkeit mangelt, sie nur ihre Profilierung als Bürgermeisterkandidatin im Kopf und an einer sachlichen Zusammenarbeit kein Interesse hat.

f.d.R. Günter Pabst